

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Juni 2019 Nr. 178

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Vor 30 Jahren hat die Schweizer Bevölkerung über die Abschaffung der Armee abgestimmt. Es ist eines von drei wichtigen Jubiläen, die wir dieses Jahr feiern (S. 7). Auch international tat sich Ende der 80er-Jahre einiges: Ein Jahr vor der historischen Abstimmung in der Schweiz traten in Moskau die INF-Verträge in Kraft. Mit diesen bilateralen Verträgen zwischen den USA und der Sowjetunion sollte auch Europa vor nuklearen Mittelstreckenraketen geschützt werden. Nun haben die USA und daraufhin Russland den Vertrag gekündigt. Was das zu bedeuten hat, erfahrt ihr auf Seite 6.

Doch zurück in die Schweiz, denn vieles ist geschehen im ersten halben Jahr 2019: Auf den Seiten 2, 4 und 8 gibt es einen Überblick über die jüngsten GSoA-Aktivitäten – allen voran die kommende Einreichung der Korrektur-Initiative am 24. Juni, nur sechs Monate nach deren Lancierung. Auf Seite 3 geht es um die irrsinnig hohe Anzahl von über fünf Millionen geleisteter Diensttage der Armee und auf Seite 5 um den Irrsinn der Kampfjet-Beschaffung – diese geht bald in die nächste Runde. Dasselbe gilt für die Privatisierungspläne der RUAG. Was diese zu bedeuten haben, erfahrt ihr auf Seite 6.

Zu Beginn aber, gleich auf der nächsten Seite, erwartet euch eine beeindruckende Geschichte aus Liberia. Anlässlich des Frauenstreiks vom 14. Juni berichten wir darüber, wie eine Frauenorganisation 2003 im westafrikanischen Staat die Unterzeichnung eines Friedensvertrags erzwang, der den langjährigen Bürgerkrieg beendete.

Wir wünschen euch einen für unsere Klimazone angemessen warmen Sommer,
Judith Schmid und das Redaktionsteam

REGIONALGRUPPEN

Erfolgreiche Anlässe der Regionalgruppe Zürich

Die GSoA-Regionalgruppe Zürich hat Anfang Jahr beschlossen, an ihren monatlichen Treffen jeweils ein spezifisches Thema vertiefter zu behandeln. Dafür wurden Referentinnen und Referenten angefragt, welche an jedem Treffen interessante politische Fragen mit einem kurzen Inputreferat vorstellten. Von Lewin Lempert

Im ersten Halbjahr 2019 hat die Regionalgruppe Zürich einen detaillierten Plan erstellt, wann welches Thema an den monatlichen Treffen behandelt werden soll. Den Anfang machte ein Inputreferat zur Abstimmung über die EU-Waffenrichtlinie am 19. Mai. Weitere Themen waren der Ukraine-Konflikt, die Verschärfungen des Zivildienstgesetzes und das Spannungsfeld von Armee und Umwelt. Neben externen ReferentInnen haben auch Mitglieder

der ReGrü Inputs vorbereitet, so beispielsweise zum Ukraine-Konflikt oder zur Frage von Armee und Umwelt. Die jeweilige Fokussierung auf ein spannendes Thema trägt dazu bei, das Wissen von Einzelpersonen allen Aktivistinnen und Aktivisten zur Verfügung zu stellen. Auch wird so ermöglicht, inhaltlich fundierte Aktionen zu planen oder bei Diskussionen im Freundeskreis oder auf der Strasse kompetent zu verschiedenen friedenspolitischen Themen mitdiskutieren zu können.

Die Regionalgruppen-Treffen wurden durch diese neue Veranstaltungsart deutlich spannender, was sich auch in steigenden TeilnehmerInnen-Zahlen niederschlägt. Darum hat die ReGrü beschlossen, auch im zweiten Halbjahr 2019 an jedem Treffen zu Beginn ein Thema zu vertiefen. Alle Treffen werden auf der Webseite unter www.gsoa.ch/event/ publiziert.

Ostermarsch gegen Kriegsmaterialexporte (Bild: Klaus Petrus)



AKTION

Schweizer Waffenexporte steigen weiter

(an). Die Schweiz exportierte im Jahr 2018 Waffen im Wert von über einer halben Milliarde Franken. Gegenüber 2017 war das eine Zunahme von 14 Prozent. Ein Rückgang der Exporte ist nicht in Sicht, denn bereits wurden neue Ausfuhren von Kriegsmaterial im Wert von über zwei Milliarden Franken bewilligt; im Vorjahr lag diese Zahl noch bei 584 Millionen. Diese Zahlen gab das Seco an der Pressekonferenz im Februar bekannt. Vor der Veranstaltung waren GSoA-AktivistInnen präsent

und machten mit einem Transparent auf diese empörenden Tatsachen aufmerksam. Mit ihrem Gejammer hat die Rüstungslobby Erfolg. Von 2291 Exportgesuchen wurden nur gerade zwölf abgelehnt. Die Schweiz macht sich also ungehemmt weiter mitschuldig am Tod von ZivilistInnen. Der Erfolg der Korrektur-Initiative ist deshalb umso wichtiger. So können wenigstens die Lieferungen in Bürgerkriegsländer und Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt, verhindert werden.



GSoA-AktivistInnen vor dem Medienzentrum des Bundes. (Bild: GSoA)

VOLLVERSAMMLUNG

Ja zum Schutz vor Waffengewalt und zu einem starken Zivildienst!

Am 7. April fand im Restaurant Kreuz in Solothurn die Vollversammlung der GSoA statt. AktivistInnen aus allen Teilen der Schweiz kamen, um das neue Waffengesetz und einen starken Zivildienst zu unterstützen. Von Thomas Bruchez

Die wichtigsten Momente des Vormittags waren die Vorstellung der SekretärInnen, ein Rückblick auf das emotionsreiche Jahr 2018 (mitsamt Einreichung der Kriegsgeschäfte-Initiative, Lancierung der Korrektur-Initiative usw.) und der Entschluss, das neue Waffengesetz zu unterstützen. Bevor es ans Mittagessen ging, haben wir diesen Entscheid mit einer symbolischen Aktion illustriert.

Am Nachmittag haben wir eine Resolution verabschiedet, in der wir erneut unser Engage-

ment für den Zivildienst als essentielle Alternative zur Armee bekunden und in der wir das kommende Referendum gegen die Reform, die den Zivildienst weniger attraktiv machen soll, unterstützen. Anschliessend gab es einen Rückblick auf die Korrektur-Initiative, die geprägt war von einer unglaublichen Mobilisierung auf der Strasse mit mehr als 100'000 gesammelten Unterschriften in weniger als zwei Monaten. Schliesslich haben wir uns, wie so oft, der Frage der Kampfjets und den Plänen des Bundesrates angenommen.

Nach dieser Vollversammlung ist klar: das Jahr 2019 wird von antimilitaristischen Engagements geprägt sein. Ein ganz grosses Merci für euren unermüdlichen Einsatz und bis zur nächsten Vollversammlung!

OSTERMARSCH

«Frieden statt Krieg exportieren»

(nf) Um diesen Slogan haben sich am 22. April rund tausend TeilnehmerInnen zum Ostermarsch in Bern versammelt. Zum 17. Mal in Folge spazierte ein Umzug aus DemonstrantInnen aller Generationen vom Eichholz zum Münsterplatz, wo zwei Reden gehalten wurden. In einer von ihnen stellte GSoA-Sekretärin Magdalena Küng die Haltung des Bundesrats zum Thema Waffenexporte an den Pranger und freut sich über die blitzschnelle Unterschriftensammlung der Korrektur-Initiative. Der zweite

Redner, Johan Jaquet, hat uns von seinem Einsatz in einem Slum von Nairobi (Kenia) erzählt, den er für Peace Brigades International als Beobachter an der Seite von MenschenrechtsverteidigerInnen geleistet hatte. Er unterstrich dabei, dass die Schweiz im Rahmen ihres internationalen Engagements Frieden exportieren kann. Die Veranstaltung endete mit musikalischer Unterhaltung von «Lacolla y Capitanes del Espacio» und leckeren jurassischen Spezialitäten vom Marché des Paysannes.

FRIEDENSARBEIT

Frauenstreik beendet Bürgerkrieg

Von wirklicher Gleichberechtigung sind wir leider auch in der Schweiz noch weit entfernt, weshalb politische Aktionen wie der nationale Frauenstreik am 14. Juni nach wie vor notwendig sind. Welche Dynamik und Kraft eine organisierte Frauenbewegung entwickeln kann zeigt auch ein Beispiel in Liberia. Gerade auch aus friedenspolitischer Sicht ist dieses beeindruckend und weckt Hoffnung. Von Adi Feller

Oft werden Frauen nur als Opfer des Krieges gesehen. So sind es beinahe ausschliesslich Männer, die den Beginn eines Krieges befehlen, diese führen und Menschen töten. Oft sind es die Frauen, welche einen Grossteil der Lasten des Krieges tragen, als Getötete, Verstüm-

melte, Traumatisierte und Vergewaltigte, aber eben auch als Pflegerinnen, Angehörige, Ernährerinnen verwundeter und traumatisierter Männer und Kinder. Doch Frauen sind auch oft die stärksten Akteurinnen gegen den Krieg. Gerade auch wenn es um die Beendigung von Kriegen geht, hat die Frauenbewegung in der Vergangenheit immer wieder unglaubliche Stärke gezeigt. Auch wenn wir die Schweizer Geschichte anschauen: Es waren vor allem Frauen, die während des Ersten Weltkrieges die Demonstrationen gegen die Teuerung und den Lebensmittelmangel organisierten. Während die Männer in der Armee eingezogen waren und nur ihren mickrigen Sold erhielten – Erwerbserersatz gab es damals noch nicht – mussten die Frauen ihre Familien ernähren. Sie kämpf-

ten erfolgreich für eine Verbesserung der prekären Situation. Noch vor der viel bekannteren Zimmerwalder Konferenz, gab es im März 1915 in Bern die «Internationale Konferenz sozialistischer Frauen gegen den Krieg», die Frauen unterschiedlichster Länder in der Forderung vereinigten, den Krieg zu beenden.

Schluss mit dem Bürgerkrieg

Vereint haben die Frauen weltweit im letzten Jahrhundert viel erreicht und auch kürzlich gelang ihnen in Liberia Beeindruckendes. Angestossen von Vertreterinnen unterschiedlicher religiöser Organisationen gelang es ihnen, sich über christliche und muslimische Religionsgrenzen hinweg, gemeinsam für eine friedliche Zukunft zu organisieren. Die in der «Women of Liberia Mass Action for Peace» organisierten Frauen veranstalteten die unterschiedlichsten gewaltfreien Proteste im ganzen Land. Es gab über Monate hinweg tägliche Proteste von weiss gekleideten Frauen. Sie beteten, sangen und demonstrierten auf öffentlichen Plätzen. Eine Hauptorganisatorin der Bewegung, Leymah Gbowee, rief die Frauen Liberias zum Sexstreik auf.

Während des zweiten Liberianischen Bürgerkrieges 2003 erzwang die Organisation ein Treffen mit Präsident Charles Taylor und rangen ihm das Versprechen ab, Friedensverhandlungen mit den grössten Rebellenorganisationen in Ghana zu besuchen. 200 Frauen der Organisation trafen sich täglich zum Protest vor dem Hotel, in dem die Verhandlungen geführt wurden und veranstalteten schliesslich einen Sitzstreik vor dem Verhandlungsraum, den sie so lange blockierten, bis ein Friedensvertrag vorlag. Das nach dem Verhandlungsort benannte «Accra Comprehensive Peace Agreement» beendete den 14-jährigen Bürgerkrieg. Bei den ersten Wahlen nach dem Bürgerkrieg im Jahr

2005 wurde mit der ebenfalls in der Friedensorganisation aktiven Ellen Johnson Sirleaf erstmals eine Frau Präsidentin des Landes.

Frieden durch Gleichberechtigung

Das Engagement dieser Frauen wurde 2011 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Er ging stellvertretend für viele andere engagierte Frauen an Leymah Gbowee und Ellen Johnson Sirleaf. Auch blieb die Wirkung dieser Bewegung nicht auf Liberia beschränkt: In anderen westafrikanischen Ländern wie der Elfenbeinküste oder in Nigeria organisierten sich darauf ähnliche Gruppen. Vergleichbare Erfolge wie in Liberia können diese zwar bisher nicht verbuchen, doch ihre Arbeit leistet einen stetigen Beitrag zu einer friedlicheren Welt. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig der Glaube an die Stärke der Zivilgesellschaft und insbesondere der Frauen ist und wie viel diese auch in katastrophalen Lagen bewirken können.

So ist es neben allen anderen guten Gründen, auch aus friedenspolitischer Sicht wichtig, die Frauenbewegung weltweit, wie auch in der Schweiz, zu unterstützen und sich für absolute Gleichberechtigung der Geschlechter einzusetzen. Der nationale Frauenstreik am vergangenen 14. Juni war ein beeindruckendes Beispiel dafür und bietet Gelegenheit alte Fragen neu zu stellen. Über fünf Millionen militärische Dienstage sowie über eineinhalb Millionen Dienstage von fast ausschliesslich männlichen Dienstleistenden werden aus der EO bezahlt. Demgegenüber bleibt der Grossteil der familiären Betreuungsarbeit für Kinder und alte Menschen an Frauen hängen, die diese Arbeit nach wie vor unbezahlt leisten – mit jährlichen volkswirtschaftlichen Kosten zu Lasten der Frauen, die in die Dutzende von Milliarden Franken gehen. Ein guter Grund für einen baldigen weiteren Streik: Wo sind die streikenden Väter und Söhne, die endlich Väter- oder Elternpflegezeit statt Wiederholungskurse oder EO für ihre weiblichen Angehörigen fordern?



Friedensnobelpreisverleihung 2011 an Leymah Gbowee (Mitte) und Ellen Johnson Sirleaf (Rechts) sowie Tawakkol Karman. (Foto: Harry Wad)

DIENSTTAGE

Der Irrsinn Armee

An einige Zahlen im Zusammenhang mit dem «Irrsinn» Armee haben wir uns schon fast gewöhnt. Zum Beispiel, dass die Armee über ein jährliches Budget von fünf Milliarden verfügt und dieses jeweils auch verprasst. Andere Zahlen sind uns noch weniger geläufig. Zum Beispiel, dass im vergangenen Jahr 5,4 Millionen Dienstage geleistet wurden. Eine schockierende Zahl. Von Martin Parpan

Wir dürfen davon ausgehen, dass Menschen mit ihrer Lebenszeit grundsätzlich etwas Sinnvolles tun wollen. Sei es im Beruf oder in der Freizeit, die Suche nach Erfüllung gehört zu uns. In krassem Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass Männern jährlich 5,4 Millionen Tage gestohlen werden, in denen viele nicht das tun können, was aus ihrer Sicht Sinn ergibt. Nun darf man zwar davon ausgehen, dass für einen Teil der Armeeangehörigen, die von ihnen geleisteten Tage als sinnvoll beurteilt werden, ebenso darf man aber davon ausgehen,

dass es sich dabei um die Minderheit handelt. Fakt ist, dass die allermeisten Armeeangehörigen Dienst leisten, weil sie das müssen und nicht, weil sie dies als sinnvoll erachten. Wer argumentiert, dass die Armeeangehörigen aber zum Beispiel im Bereich der Katastrophenhilfe viel Wertvolles leisten, dem sei in Erinnerung gerufen, dass dieser Anteil völlig unbedeutend ist. Im Jahr 2018 waren es 93 Tage oder 0.001 Prozent. Noch irrsinniger erscheinen diese 5,4 Millionen Tage, wenn wir diese Zahl ins Verhältnis zu anderen Zahlen setzen.

Kaserne ja, Vaterschaftsurlaub nein

So gibt es in der Schweiz beispielsweise nach wie vor keinen gesetzlichen Anspruch auf Vaterschaftsurlaub. In der Privatwirtschaft müssen ArbeitgeberInnen ihren Arbeitnehmer lediglich die «üblichen freien Stunden und Tage» für familiäre Ereignisse gewähren. Arbeitnehmer können von Ihren ArbeitgeberInnen nach der Geburt Ihres Kindes ein bis zwei freie Tage einfordern. Die Tatsache, dass ein Mann sein

neugeborenes Kind nicht begleiten darf, gleichzeitig aber Wochen und Monate in der Kaserne verbringen muss, ist einfach nur sinnlos. Wenn wir uns überlegen, was die Schweiz bewirken könnte, wenn diese 5,4 Millionen Dienstage in sinnvolle Tätigkeiten investiert würden, dann wird uns die gewaltige Verschleuderung von Ressourcen noch klarer vor Augen geführt. Jährlich 5,4 Millionen Tage für Umweltschutz, humanitäre und soziale Projekte wäre eine Grösse, die einiges ermöglichen würde. Zudem könnten damit erst noch Schäden verhindert werden, welche die Armee anrichtet. Beispielsweise verursachte die Armee nach

eigenen Angaben allein im Jahr 2018 «Land- und Sachschäden» von 1,6 Millionen Franken. Unter «Land- und Sachschäden» fasst die Armee Personen-, Tier-, Wald-, Land- und andere Sachschäden zusammen.

Fazit: Die 5,4 Millionen Dienstage, welche sich die Schweiz für den Irrsinn Armee leistet, sind nicht nur aus finanzieller Sicht unverantwortlich. Sie sind auch irrsinnig, weil Menschen Lebenszeit gestohlen wird, die sie sinnvoll gestalten könnten. Die Abschaffung der Armee ist auch aus diesem Grund im Jahr 2019 eine sinnvolle Forderung. Der Kampf gegen den Irrsinn Armee bleibt Pflicht.



KRIEGSMATERIALEXPORTE

Einreichung der Korrektur-Initiative

Am 24. Juni ist es so weit: Wir werden die Korrektur-Initiative mit mehr als 135'000 gesammelten Unterschrifteneinreichen. Höchste Zeit für einen Blick in die kurze Geschichte der Volksinitiative, die uns in den vergangenen Monaten auf Trab hielt und die Rüstungslobby ins Schwitzen bringt. Von Ronja Jansen

Alles begann vor etwa eineinhalb Jahren mit einem Brief. Die Rüstungsindustrie wandte sich an den Bundesrat und bat ihn um einen Gefallen: Die Kriegsmaterialverordnung sollte gelockert werden, damit Waffen endlich auch in Bürgerkriegsländer exportiert werden können. Der damalige FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann zögerte nicht lange und kündigte an, den Wunsch der Rüstungsindustrie zu erfüllen. Doch auch unsere Antwort liess nicht lange auf sich warten. Gemeinsam mit verschiedenen Parteien und NGOs gründeten wir die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer. Die Ankündigung des Bundesrats löste in der Bevölkerung eine selten gesehene Welle der Empörung aus. Der Bundesrat brach damit sein Versprechen, die Kriegsmaterialverordnung nach vorherigen Lockerungen nicht mehr weiter aufzuweichen. In einer Zeit, in der sich so viele Menschen auf der Flucht befanden, wie kaum zuvor, schien es für die Bevölkerung zudem unverständlich, weshalb der Bundesrat die Verschärfung von kriegerischen Konflikten durch zusätzliche Waffenlieferungen in Kauf nehmen wollte. Des Weiteren zeigten die bisherigen Erfahrungen und Skandale klar auf: Die Kontrolle über die Empfänger von Waffenlieferungen ist schon heute nicht gegeben. Kaum ein Monat vergeht, in dem wir nicht davon lesen, dass Schweizer Waffen auf mysteriöse Weise bei Boko Haram aufgetaucht sind, im Bürgerkrieg in Jemen eingesetzt werden oder dass auch Daesh mit Schweizer Waffen mordet.

Bundesrat rudert zurück

Das Motiv hinter der Lockerung war offensichtlich: Die Profite der Rüstungsindustrie sol-

len gesteigert werden, auch wenn damit kriegerische Konflikte angeheizt werden, bei denen unzählige Menschen ihr Leben verlieren. In der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer manifestierte sich die Empörung gegen das menschenfeindliche Vorhaben der Landesregierung. In wenigen Tagen folgten rund 50'000 Menschen dem Aufruf der Allianz und versprochen, im Falle einer Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer mindestens vier Unterschriften zu sammeln.

In Anbetracht der riesigen Zahl von Unterstützerinnen und Unterstützern sah sich der Bundesrat gezwungen, zurückzurudern und kündigte an, vorerst auf die Lockerung zu verzichten. Doch wie lange er sich an dieses Versprechen gebunden fühlt, ist höchst unsicher. In der Vergangenheit hat der Bundesrat leider immer wieder seine Versprechen zu diesem Thema gebrochen. Dies bedeutete auch nicht, dass der Bundesrat sich damit gegen die Rüstungsindustrie stellte. Im Gegenteil: Auch Rugar-Chef Urs Breitmeier liess verlauten, dass ein Festhalten an der geplanten Lockerung wegen der drohenden Initiative womöglich eher schädlich sei für die Rüstungsindustrie.

Demokratische Kontrolle

Trotz der Kehrtwende des Bundesrats lancierten wir schliesslich die Korrektur-Initiative im Dezember. Denn es kann nicht sein, dass der Bundesrat die Kriegsmaterialverordnung in Eigenregie lockern kann und dabei den Interessen der Rüstungsindustrie mehr Gewicht schenkt als jenen der Bevölkerung.

Abgesehen von einem Verbot von Waffenexporten in Bürgerkriegsländer und Länder, die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen, sieht die Initiative deshalb auch eine Ausweitung der demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung vor.

Die Ausschlusskriterien für Waffenexporte sollen neu auf Gesetzesebene geregelt werden statt in einer Verordnung. Damit wollen wir dem eigenmächtigen Handeln des rüstungsindustriefreundlichen Bundesrates ein Ende

setzen und die Bevölkerung erhält die Möglichkeit das Referendum zu ergreifen, wenn sie mit einer Änderung nicht einverstanden ist.

Seit der Lancierung der Initiative erhalten wir täglich neue Unterschriften von engagierten SammlerInnen. Innerhalb von zwei Monaten knackte die Initiative so die Marke von 100'000 gesammelten Unterschriften. Zudem erhalten wir zahlreiche Nachrichten von Menschen, die noch nie Unterschriften gesammelt haben und sich im Rahmen der Korrektur-Initiative das erste Mal politisch betätigen. Die Initiative hat

es geschafft, zahlreiche Menschen zu politisieren und für das Thema Waffenexporte zu sensibilisieren. Und sie hat Menschen dazu ermutigt, die herrschende Kriegstreiberei nicht einfach hinzunehmen.

Über 135'000 eingereichte Unterschriften sprechen eine klare Sprache.

Im Hinblick auf die in einigen Jahren bevorstehende Abstimmungskampagne können wir schon jetzt mit Überzeugung sagen: Die Rüstungslobby hat die Millionen, aber wir haben zahlreiche engagierte Menschen.

Rote Karte für den Bundesrat!



(Bild: GSoA)

ARMEE UND ZIVILDIENTST

Zivis sind nicht die Sündenböcke der Armee

Der Zivildienst ist auch dank dem Engagement der GSoA entstanden. Jetzt gilt es, ihn gegen die Angriffe der Armee zu verteidigen. Von Magdalena Küng

Die Vollversammlung der GSoA hat Anfangs April einstimmig beschlossen, sich weiterhin für einen starken Zivildienst einzusetzen. Dies ist nicht nur einer historischen Verknüpfung von Antimilitarismus und zivilem Ersatzdienst geschuldet: Die GSoA hat mit der Armeeschaffungsinitiative von 1989 und dem Aufruf zur Militärverweigerung von 1990 wesentlich dazu beigetragen, dass junge Männer mit dem Zivildienst eine Alternative zu einer mehrmonatigen Haftstrafe haben. Diese für die Gesellschaft wichtige Errungenschaft ist momentan aber heftigsten Angriffen seitens Bundesrat und Armee ausgesetzt. Obwohl kaum jemand die Nützlichkeit und Relevanz von Zi-

vildienstesätzen in Frage stellt, soll der Zugang zum Ersatzdienst für Rekruten und Soldaten enorm eingeschränkt werden. Dahinter steckt das konstruierte Scheinproblem der zunehmenden Armeeabgänge zum vermeintlich einfacheren, bequemerem Zivildienst. Anstatt die Ursache für diese Abgänge in den eigenen Strukturen und Aufgabenbereichen zu suchen, werden die Zivis als Sündenböcke inszeniert.

Sinnkrise der Armee

Mit der Revision des Zivildienstgesetzes zielt der Bundesrat auf eine Verminderung der Zulassungen zum Zivildienst ab. Er erhofft sich dadurch eine nachhaltige Stabilisierung der Armeebestände. Dass die Armee an zu vielen Abgängen leidet, ist allerdings nicht ein Problem, das über eine Schlechterstellung des Zivildienstes gelöst werden kann. Der Hauptgrund für einen Wechsel in den Zivildienst

liegt für junge Männer nämlich – nebst den Gewissensgründen – in der Tatsache, dass sie im Militär keiner sinnvollen Aufgabe nachgehen können. Es ist nicht die fehlende Motivation, etwas für die Gesellschaft zu leisten, sondern die Nutzlosigkeit der militärischen Ausbildung und Aktivitäten, die zu Austritten aus der Armee führt. Viele junge Männer in der Schweiz sehen Sinn und Zweck der Wehrpflicht schlicht nicht mehr. Der Bundesrat lässt mit den geplanten Einschränkungen das Verständnis von Nutzen und Sinnhaftigkeit von Leistungen, die für die Gesellschaft erbracht werden, in die Ära des Kalten Krieges zurückfallen.

Massnahmen nicht zielführend

Die Massnahmen zur Verminderung der Zulassungen zum Zivildienst würden dazu führen, dass ein Wechsel in den Zivildienst für Angehörige der Armee massiv länger dauert

und mit unnötigen Schikanen erschwert wird. Damit werden junge Männer gezwungen, einen Dienst zu absolvieren, der nicht ihren Vorstellungen von Nützlichkeit entspricht. Der Bundesrat verkalkuliert sich, wenn er sich so mehr oder gar motiviertere Soldaten verspricht. Tatsächlich wird die Revision dazu führen, dass sich mehr Personen über eine medizinische Untauglichkeit – dem sogenannten blauen Weg – von der Dienstpflicht verabschieden. Dies wird zu einem massiven Einbruch der für ein gutes Funktionieren der Gesellschaft notwendigen Stellen in Zivildienst-einsatzbetrieben führen.

Ihre Sinnkrise muss die Armee mit sich selbst ausmachen. Die GSoA setzt sich weiterhin für einen starken und attraktiven Zivildienst ein. Solange junge Menschen zum Wehrdienst verpflichtet sind, ist der freie Zugang zu einem waffenlosen, zivilen Ersatzdienst ein absolutes Muss. Die GSoA wird ein allfälliges Referendum gegen die Revision des Zivildienstgesetzes überzeugt unterstützen.

ABSTIMMUNG

I <3 Schutz vor Waffengewalt

Der Abstimmungssonntag vom 19. Mai 2019 war geprägt von der Abstimmung über die EU-Waffenrichtlinie. Dank grossem Engagement von vielen Menschen wurde die Vorlage mit 63,7 Prozent JA-Anteil angenommen. Der Abstimmungskampf war geprägt von Gehässigkeiten und Desinformation. Von Michael Christen

Schliesslich haben sich die befürwortenden Argumente durchgesetzt und die Änderung des Waffenrechts wurde mit 63,7 Prozent angenommen. Ausschlaggebend waren nicht zuletzt auch die «linken Kampagnen» der SP und unsere Online-Kampagne. Die bürgerlichen BefürworterInnen der Gesetzesrevision stellten bei ihren Kampagnen primär die Abkommen von Schengen und Dublin ins Zentrum. Dass diese Revision aber auch den Schutz vor Waffengewalt ausbaut, ignorierten sie komplett. Statt auf den I <3 Schengen (Operation Libero) Zug aufzuspringen stellten wir mit unserer Kampagne den verbesserten Schutz vor Waffengewalt ins Zentrum.

Die Diskussionen auf unseren Social Media-Kanälen waren oft sehr hitzig. Man könnte

meinen bei dieser moderaten Revision (wir hätten uns natürlich eine weitergehende Revision gewünscht) ginge es um die Abschaffung der direkten Demokratie. Unsere Social Media-Verantwortlichen mussten in den Wochen vor der Abstimmung etliche Beleidigungen und Anfeindungen einstecken. Zusätzlich angeheizt wurde die Stimmung vom offiziellen Gegenkomitee. Dessen Argumentation war zu grossen Teilen haarsträubend und teilweise belegbar falsch.

Bewusste Falschinformation

Das Gegenkomitee sprach beispielsweise immer von einem «EU-Diktat». Dass die Schweiz als «nur» assoziiertes Mitglied des Schengen-Abkommens zwar kein Stimmrecht hat, ist korrekt. Dennoch hat die Schweiz ein Mitbestimmungsrecht. Der Fachbegriff dazu ist «decision shaping». Das bedeutet, dass Schweizer VertreterInnen an den betreffenden Sitzungen teilnehmen und auch die Anliegen der Schweiz einbringen können. Nüchtern betrachtet ist die EU-Waffenrichtlinie ein Paradebeispiel für dieses Instrument. Im Rahmen dieser Mitbestimmung wurde unter anderem die Ausnahme

für die Übernahme von Armeewaffen in Privatbesitz eingeführt. Man spricht sogar von einem «swiss finish». Zweifellos war aus GSoA-Sicht die Waffenrichtlinie vor der Intervention der Schweizer VertreterInnen besser. Nichts desto trotz bzw. gerade wegen dieser Intervention ist die Waffenrichtlinie weit entfernt von einem EU-Diktat.

Die Revision des Waffengesetzes wird voraussichtlich Anfang 2020 in Kraft treten. Neu werden also alle wesentlichen Bestandteile von

Waffen markiert und im Register eingetragen. Halbautomatische Waffen gelten neu als verbotene Waffen und sind nur noch mit einer Ausnahmegewilligung erhältlich. Grosse Magazine werden grundsätzlich verboten. Ausserdem müssen WaffensammlerInnen darlegen, dass sie ihre Waffen sicher aufbewahren. Damit sind wichtige Schritte in Richtung mehr Sicherheit getan. Bis zur nächsten Revision und dem nächsten hitzigen Abstimmungskampf.



Aktion an der GSoA-VV für die Anpassung des Waffenrechts. (Bild: GSoA)

AIR2030

Kampfjetbeschaffung bleibt undurchsichtig

Fünf Kampfjettypen wurden getestet, Claude Nicollier hat seinen armeefreundlichen Senf zum Expertenbericht «Luftverteidigung der Zukunft» abgegeben und Viola Amherd präsentierte ihren Plan Mitte Mai. Klar ist nur, dass es teuer wird. Von Judith Schmid

Ende Februar bat die neue VBS-Chefin Viola Amherd den Astronauten und ehemaligen Kampfjet-Piloten Claude Nicollier um eine Zweitmeinung zum Expertenbericht «Luftverteidigung der Zukunft». Guy Parmelin hatte zwar versucht die Verteidigungsministerin unter Druck zu setzen, indem er sie öffentlich aufgefordert hatte, vorwärts zu machen mit dem von ihm angerissenen Projekt. Doch diese Taktik zeigte keine Wirkung: Um sich ein eigenes

Bild zu machen, nahm die Walliserin in Kauf, dass sich die Kampfjetbeschaffung verzögert.

40 Jets für acht Milliarden

Militärfreund Nicollier war begeistert vom Bericht, insbesondere von der vorgeschlagenen Variante 2, die eine Beschaffung von 40 neuen Kampfflugzeugen und eine Erneuerung der Boden-Luft-Verteidigung empfiehlt. Kostenschätzung für diese Neubeschaffungen: Satt neun Milliarden, vom Bundesrat mit Entscheid vom 8. November 2017 auf «nur» acht Milliarden reduziert. Nicollier empfahl aber, entgegen der bisherigen Planung, die Beschaffung der Kampfjets und der Bodenluft-Abwehr zu trennen und Viola Amherd folgte diesem Rat: Jetzt ist zumindest klar, dass der Jetkauf unter einem

Kostendach von sechs Milliarden stehen soll und BODLUV zwei Milliarden kosten darf – der einzige kleine Lichtblick in der Blackbox.

Gripen erneut zur Auswahl

Auch wenn in diesem Frühjahr die fünf möglichen Flugzeugtypen höchster Preisklasse teilweise schon durch die Schweizer Lüfte gedonert sind, soll nämlich bis zur Abstimmung keinesfalls bekannt werden, welcher Jet und wie viele davon es denn schliesslich sein sollen – da sind sich alle einig: Der Bundesrat, die Armeespitze und auch Nicollier. Klar ist aber, dass einer dieser fünf Typen der Gripen ist, was demokratisch nach wie vor höchst problematisch ist, weil die Bevölkerung erst vor fünf Jahren diesen Kauf abgelehnt hat. Und auch die

anderen vier Typen bringen so einige – zum Teil massive – Probleme mit sich.

Die Kampfjetbeschaffung soll nun zwar definitiv per Referendum in Frage gestellt werden können, jedoch wird die einzige Entscheidungsmöglichkeit der Stimmbewölkerung sein, ob sie die Katze im Sack kaufen will oder nicht – die einzige Info, die über sie bekannt ist: Sie ist verdammt teuer.

Und damit nicht genug: Neben den acht Milliarden für Kampfjets und BODLUV präsentierte Amherd zusätzlich ihre Pläne für die Bodentruppen. Und auch diese werden den Steuerzahlenden viel abverlangen: Insgesamt will die Verteidigungsministerin rund 15 Milliarden Franken für neue Waffensysteme ausgeben. Zur Erinnerung: Für eine angemessene, bezahlte Elternzeit soll es kein Geld geben, für die AHV und Prämienvergünstigungen auch nicht – warum wohl?

KAMPFJETBESCHAFFUNG

Schaulaufen um die Kampfjet-Milliarden hat begonnen

Am 12. April begann mit dem Eurofighter das Schaulaufen der Kampfjet-Hersteller, welche der Schweiz einen neuen Kampfjet verkaufen wollen. Total fünf Kampfjettypen stehen zur Auswahl. Bei der Präsentation des Eurofighter auf dem Militärflugplatz Payerne war ein Vertreter der GSoA-Zitig dabei. Von Lewin Lempert

Um 7.30 gings los: Treffpunkt Bern, Bundeshaus Ost. Mit einem VBS-Bus wurden Medienschaffende auf den Militärflugplatz Payerne gefahren. Dort angekommen war klar, dass es sich nicht um einen unbedeutenden Wohlgefühl-Anlass handelte, sondern um eine Veranstaltung, bei der es um etliche Milliarden Schweizer Franken ging. In Payerne begann sogleich die Präsentation des Eurofighter. Vertreter der Herstellerfirma und der deutschen Bundeswehr strichen die Vorteile ihres Kampfjets im Vergleich zu den anderen vier Kampfjettypen hervor. Dabei sprachen sie von maximaler «Transparenz», von einer «Win-Win-Situation

für die Schweiz und Deutschland» und der fertigen technischen Entwicklung des Kampfjets, welche ohne Weiteres zur Lieferung bereitstehen würden.

Unbeantwortete Fragen

Im Anschluss an die PR-Präsentation wurde die Runde für Fragen der Medienschaffenden

geöffnet. Auf meine Frage, ob das technische Problem, welches zum vorübergehenden Grounding von 124 der 128 Eurofighter der deutschen Bundeswehr geführt hatte, schon definitiv gelöst war, gab es dann aber trotz Transparenzversprechen nur eine verklausulierte Antwort. Auch wurde mit keinem Wort erwähnt, dass es beim Verkauf von Eurofighter-

Jets an Österreich zu grossen Unregelmässigkeiten gekommen ist. Der frühere Verteidigungsminister von Österreich, Hans Peter Doskozil, liess gegenüber der SRF-Tagesschau jedenfalls verlauten, dass er niemandem raten würde, Eurofighter zu kaufen.

Im Anschluss an die Präsentation wurden alle Anwesenden auf die Flugpisten gefahren, um den Start und die Landung der Eurofighter begutachten zu können. Wieder zurück im Präsentationszentrum wurden uns abermals die «Vorzüge» des Eurofighter nähergebracht – von einem ehemaligen Militärpiloten und einem aufwändig produzierten Werbevideo. Am gesamten Anlass, der über vier Stunden dauerte, wurde ein Thema aber nie angeschnitten: Die Kosten neuer Kampfjets für die Schweizer Bevölkerung. Dass es beim Geschäft um Milliarden von Franken geht, lag aber allgegenwärtig in der Luft. Mehrere hochrangige Militärs, Vertreter des deutschen Verteidigungsministeriums, Kampfjet-Lobbyisten und Konzernverantwortliche waren Beweis genug.



Fünf Jets auf dem Laufsteg: Hier der F/A-18 in Payern. (Bild: GSoA)

ATOMWAFFEN

Der INF-Vertrag, die Klimakrise und die Hoffnung

So wie heute die Klimakrise die Menschen bewegt, bewegte in den 1980er-Jahren ein drohender Atomkrieg die Menschen. Der Vertrag über das Verbot von Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) war ein entscheidender Schritt der Entspannung. Auch wenn der Vertrag nun gekündigt ist, gibt es Hoffnung. Von *Andreas Weibel*

Die 1980er waren die Zeit von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow, von Helmut Kohl und Elisabeth Kopp, von Margaret Thatcher und Erich Honecker. Das Frauenstimmrecht war auch hierzulande beschlossen, aber noch nicht in allen Kantonen eingeführt. Es gab erste Heimcomputer, aber noch kein Internet. MTV und CDs waren noch wenig verbreitet, aber immerhin gab es Walkmans. Die 1980er waren aber auch die Zeit des «Nato-Doppelbeschlusses», der «Pershing-II-Raketen» und der «nuklearen Nachrüstung» – und heftiger Proteste dagegen.

Am Rande des Abgrunds

Die Welt stand am Rande eines Atomkriegs zwischen der Sowjetunion und den USA, als Schlachtfeld stand Europa fest. Ende der 1970er-Jahre hatte die Sowjetunion begonnen, mit Nuklearsprengköpfen bestückte Mittelstreckenraketen in Osteuropa zu stationieren. Die Vorwarnzeit für einen atomaren Erstschlag auf Ziele in Westeuropa reduzierte sich damit massiv. Die Nato reagierte mit dem «Nato-Doppelbeschluss»: Das «Gleichgewicht des Schreckens» sollte wiederhergestellt werden, indem die USA ihre Truppen in Deutschland ebenfalls mit Mittelstreckenraketen ausrüstete. Gleichzeitig boten die USA jedoch Verhandlungen über eine Begrenzung dieses Typs von Nuklearraketen an.

Die Sowjetunion und die USA begannen zwar Gespräche über ein Abrüstungs- und Kontrollregime, die Verhandlungen scheiterten jedoch im November 1982 vorläufig.

Drohende Vernichtung

Im folgenden Jahr entging die Menschheit mehrmals nur knapp einem umfassenden

Atomkrieg, der jedes menschliche Leben auf diesem Planeten ausgelöscht hätte. Am 26. September 1983 kam es zu einer Fehlfunktion des sowjetischen Raketenfrühwarnsystems. Das System meldete fälschlicherweise den Start von fünf Interkontinentalraketen in den USA. Nur das besonnene Handeln eines sowjetischen Offiziers verhinderte einen nuklearen Gegenschlag durch die UdSSR. Im November führte die Nato die Geheimübung «Able Archer» durch, welche unter Einbezug der politischen Führung einen Atomkrieg simulieren sollte. Die Sowjetunion erfuhr von den entsprechenden Planungen, hielt sie jedoch nicht für ein Manöver, sondern für Vorbereitungen für einen realen Angriff. Entsprechend versetzte die Sowjetunion ihre Truppen in Europa in Alarmbereitschaft – was wiederum die Nato-Staaten in Panik versetzte. Nur dank den Informationen von Doppelagenten auf beiden Seiten konnte eine Eskalation verhindert werden.

Millionen demonstrieren

Je länger, je drängender wurde bewusst: Zum ersten Mal hatte die Menschheit die Möglichkeit, sich selbst zu vernichten. Im «Heissen Herbst» 1983 demonstrierten in Europa Millionen Menschen gegen die geplante Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen. Am 22. Oktober bildeten rund 250'000 Demonstrierende eine 108 Kilometer lange Menschenkette von Stuttgart nach Ulm, gleichzeitig nahmen in Bonn ein halbe Million Menschen an einer Kundgebung teil, in Hamburg 400'000. In Bern protestierten 40'000 Menschen. Auch in Washington und Moskau setzte sich das Bewusstsein durch, dass das Risiko einer ungewollten Eskalation zu gross war. 1987 unterzeichneten US-Präsident Reagan und der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow den INF-Vertrag. Die USA und die UdSSR verpflichteten sich, ihre Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern ausser Betrieb zu nehmen und zu verschrotten sowie keine neuen solche Systeme zu entwickeln. Die Gefahr, dass Europa zum nuklearen Schlachtfeld würde, war gebannt.

Klimakatastrophe

30 Jahre sind seither vergangen. Inzwischen haben diverse andere Staaten Mittelstreckenraketen entwickelt, darunter China, Indien oder Nordkorea. Seit einigen Jahren werfen sich Russland und die USA gegenseitig vor, den INF-Vertrag zu brechen. Im Februar dieses Jahres hat Donald Trump verkündet, den Vertrag offiziell aufzukündigen. Vladimir Putin zog unmittelbar nach. Die Fortschritte der Entspannungspolitik seit den 1980er-Jahren scheinen zunichte gemacht.

Dass die Atommächte mutwillig eine neue Rüstungsspirale anstossen, ist umso absurder, als die Menschheit drauf und dran ist, sich auf einem anderen Weg selbst zu vernichten. Es gibt viele Parallelen zwischen der Gefahr eines

globalen Atomkriegs und der Gefahr durch die Klimakatastrophe. Unter anderem auch, welche wichtige Rolle der Druck der Zivilbevölkerung spielen kann. Wie in den 1980er-Jahren gehen heute wieder Hunderttausende auf die Strassen, um vor der drohenden Gefahr zu warnen.

Die Geschichte der Abrüstungsverhandlungen muss nicht nur beunruhigen, sie kann auch Grund zur Hoffnung geben. Das Umdenken in Moskau und Washington setzte rascher ein, als die meisten sich je erhofft hatten. Es gibt heute noch einen Siebtel so viele Atomsprengköpfe wie auf dem Höhepunkt der Spannungen um 1983. Vielleicht geht es auch bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe plötzlich viel schneller als gedacht.



Friedensdemonstration in Bonn gegen den Nato-Doppelbeschluss 1982 (Bild: Alexander Klier)

RÜSTUNGSINDUSTRIE

Die RUAG wird privatisiert

Am 17. März verkündete der Bundesrat die Teilprivatisierung der RUAG. Diese soll ab 2020 in zwei Subholdings unterteilt werden. Der Teil der RUAG, der für die Armee tätig ist, wird unter der Führung des Bundes bleiben. Der Rest des Unternehmens, unter anderem auch das Munitionsgeschäft, wird hingegen privatisiert. Der Bundesrat versucht so, sich der Geschäfte des unpopulären Unternehmens zu entledigen. Von *Jean Burgermeister*

Der Bundesrat will die RUAG in einem ersten Schritt in zwei verschiedene Subholdings trennen: die MRO CH und die RUAG International. Erstere wird in Besitz des Bundes bleiben und weiterhin für Tätigkeiten rund um die Schweizer Armee zuständig sein (grossmehr-

heitlich sind das Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie die Überholung von Armeematerial). Laut der Mitteilung des Bundesrats wird die MRO CH «auch Drittaufträge ausführen können». Die Schweiz verzichtet somit nicht auf Kriegsgeschäfte.

Das Rentabelste privatisieren

RUAG International, die zweite Subholding, übernimmt die internationalen Geschäfte, unter anderem die zivilen Aerospace-Technologien. Dieser Sektor hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Der Bereich RUAG Space generierte einen Umsatz von 365 Millionen Franken (von total 1,9 Milliarden per Ende 2017). Selbst nach der Privatisierung wird dieser Bereich wohl noch von der Unterstützung des Bundes profitieren können. Zusammen be-

schäftigen die Geschäftsbereiche, die später zu RUAG International gehören werden, 6500 Angestellte. Davon befinden sich zwei Drittel im Ausland. Bei der zukünftigen MRO CH sind es 2500 Arbeitsplätze.

Eine unklare Vorgehensweise

Die Verkaufsmodalitäten sowie die Neuorganisation der verschiedenen Subholdings sind noch sehr unklar. Es scheint, dass der Bundesrat auf Sicht segelt. Er sieht jedoch nach eigenen Angaben ein «gestaffeltes Vorgehen» vor. So werden einige Bereiche zu Beginn noch zu RUAG International gehören, könnten sich jedoch später verselbstständigen. Dies gilt zum Beispiel für RUAG Ammotec, den Hersteller von Kleinkalibermunitionen. Der Bundesrat versicherte, er wolle einen Käufer finden, der den Produktionsstandort in Thun mit 300 Arbeitsplätzen erhalten würde. Jedoch gibt selbst Verteidigungsministerin Viola Amherd

zu, es sei «unrealistisch zu behaupten, dass dies für die Ewigkeit so bleibe». Es ist interessant festzustellen, dass der Erhalt der Arbeitsplätze den Bundesrat offenbar gar nicht beschäftigt, obwohl dieses Argument systematisch denen entgegengehalten wird, die den Stopp von Kriegsmaterialexporten fordern.

Der Bundesrat entzieht sich seiner Verantwortung

Indem er den grössten Teil der RUAG liberalisiert, versucht sich der Bundesrat sicherlich von den fragwürdigen Aktivitäten zu entledigen dieser in der Öffentlichkeit unpopulär gewordenen Firma. Doch selbst wenn der Bund nicht mehr juristisch für die Exporte verantwortlich sein wird, bleibt er es politisch. Die Privatisierung wird zudem die Möglichkeiten, demokratisch auf die RUAG Einfluss zu nehmen, stark reduzieren. Es ist somit wichtiger denn je, die Gesetze über Kriegsmaterialexporte zu verschärfen.

JUBILÄUMSJAHR

Seit 1989 ist die Schweiz keine Armee mehr

Vor 30 Jahren befreite die GSoA die Schweiz aus der militärischen Festung, vor zehn Jahren verhinderte sie militärische Auslandseinsätze und vor fünf Jahren die Beschaffung neuer Kampfjets. Von Josef Lang

«Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz ist eine Armee.» Mit dieser Beschwörung eröffnete der Bundesrat am 25. Mai 1988 seine Botschaft zur Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik. 19 Monate und einen Tag später hatte die Schweiz zwar immer noch eine Armee, aber sie war keine mehr. Hier liegt der wichtigste Erfolg der GSoA-Abstimmung vom 26. November 1989 mit ihren überraschenden 35,6 Prozent JA-Stimmen. Die heilige Kuh war nicht geschlachtet worden, aber sie hatte den Heiligenschein verloren. Nur so lässt sich erklären, dass am 17. Mai 1992 83 Prozent der Stimmdenden die Einführung eines Zivildienstes befürworteten. Noch acht Jahre zuvor war dieser von zwei Dritteln abgelehnt worden. Oder dass ebenfalls im Frühling 1992 eine halbe Million Menschen innerhalb von 32 Tagen die Stop-F/A-18-Initiative unterschrieben haben.

Bresche für Bergier-Kommission

Die Verkleinerung einer Armee mit einem monströsen Bestand von 700'000 Personen auf eine immer noch grotesk hohe Zahl von 150'000 Soldaten wäre ohne den GSoA-Druck kaum zu schaffen gewesen. Die Tatsache, dass 72 Prozent der 20- bis 32-jährigen Auszugs-Soldaten für die Armeeabschaffung gestimmt hatten, ermöglichte gewisse Erleichterungen im Dienstbetrieb. Ein symbolischer Ausdruck davon war die Zulassung von Haarnetzen im Jahre 1992.

Eng verknüpft mit der Säkularisierung der Armee war die Entzauberung deren Rolle im Zweiten Weltkrieg. Waren in den 1980er Jahren noch 61 Prozent der Befragten der Ansicht gewesen, die Schweiz verdanke ihr Verschontbleiben dem «militärischen Widerstand», waren es 1996 noch 40 Prozent. Die GSoA-Initiative hat für die 1996 geschaffene Bergier-Kommission eine Bresche geschlagen. Über die Armeefrage hinaus gab es eine Revitalisierung des politischen Lebens. Hier spielte die Tatsache, dass etwa 70'000 Personen sich an irgendeiner Veranstaltung, beispielsweise am «Stop-the-Army-Festival» auf dem Bundesplatz oder an einem der zahlreichen Podien beteiligt hatten, eine nachhaltige Rolle. Ein Ausdruck des damaligen Aufbruchs, der Ende 1992 mit der EWR-Frage und wegen des Balkankrieges beendet wurde, war der Frauenstreik vom 14. Juni 1991.

Atalanta versenkt, Gripen abgeschossen

Die tiefe Krise der Armee nach dem Ende des Kalten Krieges versuchten uniformierte und zivile Militärs mit militärischen Auslandseinsätzen zu lösen. Die GSoA, die im Balkan konkrete Friedensarbeit leistete, wandte sich entschlossen gegen die Militarisierung der Aussenpolitik. Unsere Losungen lauteten: Stellen wir der Welt das Friedenshandwerk statt das Kriegshandwerk zur Verfügung! Und: Solidarität statt Soldaten! Deshalb ergriffen wir im Frühjahr 2001 das Referendum gegen bewaffnete Auslandseinsätze, das ganz knapp scheiterte. Deshalb bekämpfte die GSoA inner- und ausserparlamentarisch alle Rüstungs-, Einsatz- und Budget-Entscheidungen, welche die Schweizer Armee näher an die Nato führten.

Die mächtige Antikriegs-Bewegung gegen die amerikanische Invasion im Irak von 2003 veränderte das Kräfteverhältnis zugunsten der

friedenspolitischen Linken. Zuerst gelang es uns, den Ausbau des Kosovo-Einsatzes, wie auch die bislang symbolische Militär-Präsenz in Afghanistan, zu verhindern. Als der Nationalrat am 24. September 2009 die Atalanta-Vorlage versenkte, war das Kapitel Auslandseinsätze für lange Zeit erledigt. Dass mit einer Ausnahme alle Grünen und fast die Hälfte der SP-Fraktion gegen die Piratenjagd vor Somalia stimmten, war wesentlich das Verdienst einer monatelangen Lobby-Arbeit der GSoA – zusammen mit

den Jungen Grünen und den JungsozialistInnen. Drei Monate zuvor hatte die GSoA eine Volksinitiative gegen die Beschaffung neuer Kampfjets eingereicht. Nachdem der Bundesrat im August 2010 auf das Geschäft verzichtet hatte, wurde die Initiative zurückgezogen – mit dem Kalkül, dass eine allfällige Neuauflage mit dem Referendum bekämpft werden kann. Als dies passierte, sammelte die GSoA gemeinsam mit einem breiten Bündnis 65'000 Unterschriften. Am 18. Mai 2014 wurde die Beschaffung der

Gripen mit 53,4 Prozent abgelehnt. Eine Initiative wäre bei gleichem Stimmenverhältnis gescheitert, weil zwölf Stände den Kampfjet befürwortet hatten.

Kriegsgeschäfte- und Korrektur-Initiativen

Vor einem Jahr reichte die GSoA die Kriegsgeschäfte-Initiative ein. Diese verlangt ein Investitionsverbot für Finanzinstitute in die Kriegsmaterialproduktion. Sie dürfte 2021 zur Abstimmung gelangen. In Kürze wird die von einem historisch einmalig breiten Bündnis getragene Korrektur-Initiative eingereicht. Diese will die vom Bundesrat unter dem Druck der Rüstungsindustrie vorgenommenen Abschwächungen der Kriegsmaterialverordnung rückgängig machen und die Kompetenz über die Kriegsmaterialexport-Politik von der Exekutive in die Legislative verlagern. Die beiden Initiativen stehen für die Fähigkeit der GSoA, ebenso radikal wie pragmatisch zu handeln.

GSoA-Chronologie

1982: Gründung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee

1986: Einreichung der Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik

1989: Beteiligung an der «Klunker»-Kampagne gegen die «Diamant»-Feiern zum Beginn des 2. Weltkriegs, intensiver Abstimmungskampf mit Stop-the-Army-Festival auf dem Bundesplatz, über eine Million Ja-Stimmen bei einer Beteiligung von 69,2 Prozent.

1990: GSoA ruft zur Militärverweigerung auf, um der Forderung nach Einführung des Zivildienstes Nachdruck zu verleihen.

1992: GSoA sammelt innert 32 Tagen über eine halbe Million Unterschriften gegen die Beschaffung der F/A-18.

1993: Vor dem Hintergrund der Kriegs-Eskalation im Balkan lehnen 57 Prozent die Stop-F/A-18 Initiative ab.

1994: Die GSoA engagiert sich im Balkan mit eigenen Projekten und unterstützt lokale Friedensorganisationen.

1996: Um gegen die Militarisierung der Aussenpolitik Gegensteuer zu geben, startet die GSoA zwei Volksinitiativen für einen Freiwilligen Zivilen Friedensdienst sowie für eine Schweiz ohne Armee.

1999: Die GSoA sammelt Unterschriften für den UNO-Beitritt.

2001: Die GSoA beteiligt sich am friedenspolitischen Referendum gegen bewaffnete Auslandseinsätze, das 49 Prozent Nein-Stimmen schafft. Am 2. Dezember, 12 Wochen nach 9/11, scheitern die beiden GSoA-Initiativen klar.

2002: Demo gegen Afghanistan-Intervention der USA und der Nato.

2003: Zwei Riesen-Demos mit je 40'000 Personen auf dem Bundesplatz gegen den Irak-Krieg. Die GSoA verkauft 60'000 Peace-Fahnen.

2006 bis 2013: Die GSoA sammelt eine halbe Million Unterschriften für Kriegsmaterialexportverbot, Kampfjet-Moratorium, Abschaffung der Wehrpflicht, Schutz vor Waffengewalt.

2014 bis 2019: Erfolgreiches Referendum gegen Gripen, Volksinitiativen gegen Kriegsgeschäfte und Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer.

Einreichung Kriegsgeschäfte-Initiative (Bild: GSoA)



Stop-the-Army-Festival 1989 auf dem Bundesplatz (Bild: Sozialarchiv)



Abstimmungsfest Gripen-Referendum (Bild: GSoA)

(mk) Das Jahr 2019 steht nebst vielen brandaktuellen Themen auch im Zeichen des Zurückschauens. Es stehen nämlich mehrere GSoA-Jubiläen an. Das erste davon ist bereits verstrichen: Am 18. Mai hat sich das deutliche Nein zum Gripen-Kauf zum fünften Mal geäußert. Im Juni dann wird es bereits ein Jahr her sein, dass wir zusammen mit den Jungen Grünen die Kriegsgeschäfte-Initiative einreichen konnten. Am 24. September feiern wir das zehnjährige Jubiläum des Entscheides, dass sich die Schweizer Armee nicht an der EU-Mission Atlanta beteiligen darf.

Ohne die GSoA wären Schweizer SoldatInnen am Einsatz vor der Küste Somalias beteiligt gewesen. Der Höhepunkt des Jubiläumsjahres ist aber ganz klar der 26. November: Dann nämlich wird das erste GSoA-Grossprojekt, die Initiative für eine Schweiz ohne Armee, 30 Jahre alt. Diesen Tag feiern wir mit spannenden Rück- und Ausblicken im Rahmen eines Gesprächsabends mit der Historikerin Elisabeth Joris, GSoA-Vorstandsmitglied Jo Lang und GSoA-Sekretärin Magdalena Küng. Haltet euch unbedingt den 26. November 2019 am Abend frei!

SEKRETARIAT

Tschüss Anna, welcome back Lena!

Nach fast einem Jahr bei der GSoA musste Anna Naeff auf Ende März die Anstellung als politische Sekretärin leider hinter sich lassen. Neues und altes Gesicht wird Magdalena Küng, welche schon früher bei der GSoA gearbeitet hat. Von Lewin Lempert

Anna Naeff ist ausgebildete Archäologin – ein Berufsfeld, bei dem man die Chance packen muss, wenn sie kommt. Anna bekam diese Chance: eine Festanstellung mit hohen Stellenprozenten. Darum war es ihr zeitlich nicht mehr möglich, neben ihrem politischen Aktivismus zusätzlich bei der GSoA arbeiten zu können. Das GSoA-Sekretariat nimmt den Abgang mit Bedauern – aber natürlich auch grossem Verständnis – zur Kenntnis. Anna war eine wichtige Stütze im letzten, äusserst intensiven Jahr. Sie half mit, die Kriegsgeschäfte-Initiative einzureichen und ab dem Sommer war sie daran beteiligt, die erfolgreiche Sammelphase der Korrektur-Initiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu organisieren. Zudem trug sie wesentlich dazu bei, dass das Sekretariat in Zürich organisatorisch und administrativ nicht im Chaos-Strudel unterging. Die überzeugte Schaffhauserin und AL-Politikerin brachte Ruhe in den stressigen Alltag und überzeugte gleichzeitig mit ihrer inhaltlichen Kompetenz. Die perfekte Mischung! Der Politik erhalten bleibt Anna Naeff: Im Herbst kandidiert sie für die AL Schaffhausen für den Nationalrat – wahrscheinlich auch mit vielen friedenspolitischen Themenschwerpunkten. Wir wünschen Anna darum bei allen archäologischen Ausgrabungen,



Magdalena Küng

dem kommenden Nationalratswahlkampf und natürlich auch bei weiteren Projekten viel Freude und Erfolg. Merci Anna! Die altbekannte **Magdalena Küng** übernimmt den Posten von Anna. Magdalena hat schon von 2016 bis 2018 auf dem GSoA-Sekretariat in Zürich gearbeitet. Nun nimmt sie einen weiteren Anlauf! Magdalena bringt durch ihre frühere Anstellung schon viel Erfahrung mit und ist inhaltlich und organisatorisch top ausgerüstet. Lena, wie sie von allen genannt wird, trägt das antimilitaristische Engagement im Herzen und hat viel zur positiven Entwicklung der GSoA in den letzten Jahren beigetragen. Im Hinblick auf den Abstimmungskampf zur Kriegsgeschäfte-Initiative ist es für die GSoA hervorragend, Lena wieder an Bord zu haben, da sie eine der treibenden Kräfte bei der Ausformulierung des Initiativtextes war. Auch in einem ihrer Kerndossiers, dem Zivildienst, kommen schwierige Zeiten auf uns zu. Der Bundesrat plant eine massive Verschärfung des Zugangs zum Zivildienst. Auch hier kann Lenas Know-How während der Sammelphase eines Referendums und im allfälligen Abstimmungskampf von grosser Wichtigkeit sein. Zusätzlich zu ihrem Engagement bei der GSoA ist Lena auch Mitglied und Nationalratskandidatin der Grünen im Kanton Aargau. Neben allen inhaltlichen und politischen Aspekten freut sich der Schreibende auch ganz einfach, mit Lena eine humorvolle und immer gut gelaunte Büronachbarin im Sekretariat Zürich zu haben. Darum welcome back!

SEKI BERN

Neue Adresse!

(nf) Seit einigen Jahren bereits teilte sich die GSoA die Räumlichkeiten an der Neubrückestrasse 17 mit dem Grünen Bündnis (GB) und der Jungen Alternative! (JA!). Das Häuschen hatte zwar seinen Charme, war jedoch etwas in die Jahre gekommen. Zudem war ein Teil der Büros wegen eines Wasserschadens nicht mehr benutzbar. Es wurde also höchste Zeit, an einen Umzug zu denken, welcher nun bereits hinter uns liegt. Anfang dieses Jahres nahmen die GSoA, das GB und die JA! ihren ganzen Mut zusammen und begannen, das Archiv, Kampagnenmaterial und alte Plakate zu sortieren, die sich in über 40 Jahren politischer Arbeit dort unweigerlich angesammelt hatten. Ab sofort sind wir an der Breitenrainstrasse 59 für euch da, in einem kürzlich renovierten Büro. Am 24. August findet eine kleine Einweihungsfeier statt. Alle Informationen dazu findet ihr im Laufe des Sommers auf unserer Internetseite.

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Str./Nr. _____ PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Gregor»	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
<input type="checkbox"/>	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Jasskarten	Ode Set	Ofr Set	Fr. 5.-	
<input type="checkbox"/>	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	

Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:

<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!	Fr. 2.-
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!	Fr. 15.-
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!	Fr. 15.-

Versandkostenanteil **Fr. 4.80**

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: **GSa, CP 151, 1211 Genève 8, <https://www.gsoa.ch/shop>**



Impressum

Redaktion: Aline Bressoud (ab), Thomas Bruchez (tb), Jean Burgermeister (jb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Nicolas Félix (nf), Adi Feller (af), Daniela Fischer (df), Mélanie Glayre (mg), Ronja Jansen (rj), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Anna Naeff (an), Oger (og), Martin Parpan (mp), Julien Repond (jr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Muriel Waeger (mw), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Übersetzung:** Catherine Jost **Druck:** ROPRESS Zürich **Bilder Titel:** https://commons.wikimedia.org/wiki/File:UGM-27C_Polaris_A3_launch.jpg und NASA **Auflage:** 18'800, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5 **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.